

1447 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Bericht

des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft

über die Regierungsvorlage (762 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Forstgesetz 1975, das Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutze des Waldes anlässlich der Ein- und Durchfuhr von Holz und das Weingesetz 1985 geändert werden (Land- und forstwirtschaftliches EWR-Rechtsanpassungsgesetz)

Durch die Übernahme des Rechtsbestandes der Europäischen Gemeinschaft im Europäischen Wirtschaftsraum wird eine Anpassung des Forstgesetzes 1975, des Bundesgesetzes über Maßnahmen zum Schutze des Waldes anlässlich der Ein- und Durchfuhr von Holz sowie des Weingesetzes 1985 notwendig.

Die gegenständliche Regierungsvorlage dient nachstehenden Zielen:

1. Gleichstellung der Staatsangehörigen einer Vertragspartei des Abkommens über den EWR mit österreichischen Staatsbürgern bei den Bestimmungen über die Bestellung von Forstorganen und über die Erteilung der Einfuhrbewilligung betreffend Vermehrungsgut.
2. Innerstaatliche Umsetzung des EWR-Abkommens hinsichtlich der Namhaftmachung eines Zustellungsbevollmächtigten.
3. Anpassung der Bestimmungen des Weingesetzes 1985 über die Transportbescheinigung bei der Ein- und Ausfuhr von Wein.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat die vorliegende Regierungsvorlage in seinen Sitzungen am 27. April, 5. und 24. November sowie am 13. und 14. Dezember 1993 in Verhandlung genommen.

Als Berichterstatter im Ausschuß fungierte der Abgeordnete Mag. Wilhelm Molterer.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dipl.-Ing. Richard Kaiser, Ing. Gerulf Murer,

Rudolf Schwarzböck, Mag. John Gudenus, Harald Hofmann, Mag. Erich Schreiner, Andreas Wabl, der Ausschusssobmann Georg Schwarzenberger sowie der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Franz Fischler.

Im Zuge der Beratungen brachten die Abgeordneten Rudolf Schwarzböck und Helmut Wolf einen Abänderungsantrag betreffend den Gesetzentitel, die gesamten Artikel I und II sowie Artikel III (Einfügung der neuen Ziffern 1, 1 a, 1 b, 2 a, 2 b, 4 a, 4 b, 5 a, 5 b, 6 a, 6 b, 7 a, 9 a, 10 a bis 10 d, 11 a bis 11 d und 12 a sowie Änderung der Ziffer 13) des Gesetzentwurfes ein, der wie folgt erläutert war:

„Artikel I

Änderung des Forstgesetzes 1975

Durch die gegenständliche Novelle erfolgt eine Gleichstellung von EWR-Angehörigen mit österreichischen Staatsbürgern bei der Ausübung von Tätigkeiten als Forstorgane. Es ist für diese Personen eine Befreiung vom Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft durch den Landeshauptmann nicht erforderlich.

Weiters wird eine zumindest gleichartige Ausbildung in einem EWR-Mitgliedstaat als Forstwirt, Forstassistent, Förster oder Forstadjunkt für die Ausübung dieser Tätigkeiten im Inland anerkannt. Angehörige von Mitgliedstaaten, in denen keine gleichartige Ausbildung vorgesehen ist, haben eine Eignungsprüfung abzulegen.

Artikel II

Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutz des Waldes anlässlich der Ein- und Durchfuhr von Holz (Holzkontrollgesetz)

Im Zuge der EWR-Anpassung ist es erforderlich, von der Kontrolle des Holzes mit Herkunft aus

EWR-Mitgliedstaaten an der Grenze abzugehen. Die Kontrolle erfolgt — stichprobenweise — vorzugsweise am Bestimmungsort (nach den forstgesetzlichen Bestimmungen). Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß die Sendung von einem Pflanzengesundheitszeugnis begleitet ist.

Das Gesetz enthält weiters folgende Schwerpunkte:

- Ausdehnung der Kontrolle bei Sendungen aus außereuropäischen Staaten von Nadelholz in Rinde auf Nadelholz ohne Rinde;
- Ermöglichung des Transports zum Bestimmungsort, wenn dadurch eine Einschleppung und Verbreitung von Forstsäädlingen nicht zu befürchten und eine sofortige Bekämpfung gewährleistet ist;
- die Genehmigung der Ein- und Durchfuhr mittels Einzelbescheid wird durch allgemeine Verordnungsregelung ersetzt.

Zu den einzelnen Bestimmungen wird folgendes bemerkt:

Zu § 1:

Der phytosanitären Kontrolle unterliegt berindetes Holz von Nadelbäumen europäischer Herkunft (einschließlich Türkei und Nachfolgestaaten der UdSSR) sowie Holz von Nadelbäumen — berindet und unberindet — sonstiger Herkunft.

Durch Verordnung ist die Einbeziehung von Laubbäumen bzw. die Festlegung von Voraussetzungen (zB Vorlage eines Pflanzengesundheitszeugnisses), die bei Ausstellung des Freigabescheins nachzuweisen sind, möglich.

Zu § 2:

Eintrittstellen sind in der Regel jene Grenzübergänge, an denen phytosanitäre Kontrollen durchgeführt werden. Sie umfassen den unmittelbaren Eintrittstellenbereich (Bahnhofsgelände, Zollamtsplatz, Hafengelände) sowie einen mittelbaren. Dieser wird in einem Radius von höchstens 1 km anzunehmen sein und ist notwendig, weil die zur Behandlung angeordnete Ladung oft nicht im unmittelbaren Eintrittstellenbereich, sondern nur an einem nahegelegenen geeigneten Ort durchgeführt werden kann.

Zu § 3:

Die Verständigung der Kontrollbehörde vom Einlangen des Holzes an der Eintrittsstelle erfolgt durch den Anmelder.

Die Kontrolle an der Eintrittsstelle wird von Organen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft oder juristischen Personen (zB die „Agrarmarkt Austria“) durchgeführt.

Zu § 4:

Ein Freigabeschein ist nicht nur bei Schädlingsfreiheit auszustellen, sondern auch dann, wenn das Holz zwar befallen, die Einschleppung oder Verbreitung der Forstsäädlinge während des Weitertransports zu einem zum Zwecke der unverzüglichen bekämpfungstechnischen Behandlung geeigneten und entsprechend ausgestatteten Bestimmungsort im Inland jedoch ausgeschlossen ist (zB Transporte im Winter).

Ein Weitertransport von befallenem Holz ist jedenfalls ausgeschlossen zwischen April und Mitte Oktober, bei Auftreten von Kiefernborkenkäfern beispielsweise jedoch bereits ab März.

Der Bestimmungsort ist dann geeignet und entsprechend ausgestattet, wenn eine automatische Entrindungsanlage und eine Trockenkammer- oder Hackgutranlage vorhanden sind.

Das Kontrollorgan hat die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde zu verständigen, am Bestimmungsort ist das Holz innerhalb von 48 Stunden (nach den forstgesetzlichen Bestimmungen) zu behandeln.

Zu § 5:

Liegen die Voraussetzungen für die Ausstellung eines Freigabescheins gemäß § 4 nicht vor, ist das Holz an der Eintrittsstelle bekämpfungstechnisch zu behandeln.

Zu § 6:

Der Freigabeschein stellt eine Voraussetzung für die zollamtliche Abfertigung dar. Bei Sendungen aus EWR-Mitgliedstaaten wird der Freigabeschein durch ein Pflanzengesundheitszeugnis ersetzt.

Zu § 7:

Bei der Einfuhr von Sendungen aus EWR-Mitgliedstaaten ist das Pflanzengesundheitszeugnis vom Zollamt einzuziehen und an die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde weiterzuleiten.

Zu § 12:

Bis zur Erlassung von Verordnungen nach dem neuen Holzkontrollgesetz gelten die bisherigen Bestimmungen weiter (dies betrifft die Eintrittstellen, Kontrollgebühren und bekämpfungstechnischen Maßnahmen an der Eintrittsstelle).

Artikel III

Änderung des Weingesetzes 1985

Im Zuge der EWR-Anpassung ist es erforderlich, Bestimmungen über die Ein- und Ausfuhr von Wein zu ändern.

1447 der Beilagen

3

Weinbauerzeugnisse dürfen im Zollgebiet der EWG nur befördert werden, wenn sie von Papieren gemäß Verordnung (EWG) Nr. 986/89 der Kommission begleitet werden.

Die Verordnung unterscheidet zwischen dem „Geschäftspapier“ für die Beförderung von Weinbauerzeugnissen in Behältnissen von 60 Litern oder weniger und dem „zugelassenen Geschäftspapier“ (für nicht abgefüllte Weinbauerzeugnisse in einer Menge von mehr als 60 Litern).

Ausnahmen bestehen ua. für Weinbauerzeugnisse in etikettierten Behältnissen mit einem Nenninhalt bis zu 5 Litern, wenn die Gesamtmenge 100 Liter nicht übersteigt, für amtliche Proben und für Versuchszwecke.

Diese Begleitpapiere ersetzen die nach den weingesetzlichen Bestimmungen bisher erforderliche Transportbescheinigung sowie das Ein- bzw. Ausfuhrzeugnis.

Zu den sonstigen Bestimmungen wird folgendes bemerkt:

Zu § 1 Abs. 4:

Der Gehalt an gesamter schwefeliger Säure wurde der analogen deutschen Regelung angepaßt.

Zu § 25 Abs. 3 Z 2:

Die bisherigen Doppelnamen „Kamptal-Donauland“ und „Donauland-Carnuntum“ entfallen. Die Weinaugebiete „Kamptal-Donauland“ und „Donauland-Carnuntum“ werden aufgeteilt in die Weinaugebiete „Kremstal“, „Kamptal“, „Donauland“ und „Carnuntum“.

Zu § 27 a:

Die Mengenregelung, das ist jene Menge, die je Hektar bei Land-, Qualitäts- und Prädikatswein in Verkehr gebracht werden darf, wird mit 9 000 kg oder 6 750 l neu festgelegt. Es besteht keine Möglichkeit der Überlagerung mehr. Wird je ha mehr als 6 750 l erzeugt, ist die gesamte Menge Tafelwein.

Zu § 28 Abs. 1:

Für Tafelwein waren bisher Mindestwerte für zuckerfreien Extrakt und Asche vorgesehen. Da derartige Werte in der Europäischen Gemeinschaft nicht festgelegt wurden, soll dies auch für österreichischen Tafelwein gelten.

Zu § 29 Abs. 4:

Bei Kabinettweinen entspricht der bisherige Alkoholgehalt von 12,7% vol einer Zuckerkonzen-

tration im Most von 18,62° KMW. Andererseits wird mit einem Zuckergehalt von 19° KMW im Most ein Alkoholgehalt von ca. 13% vol erzielt.

Diese durch theoretische Umrechnung dargelegte Diskrepanz führt in der Praxis immer wieder zu Problemen dahin gehend, daß Kabinettweine die Alkoholobergrenze überschreiten und dadurch, daß sie noch keinem Spätlesewein entsprechen, zu Qualitätswein abgewertet werden müssen.

Unter Berücksichtigung allfälliger Toleranzen wurde daher der Alkoholgehalt von 12,7% vol auf 12,9% vol erhöht.

Zu § 30 a:

Der Gehalt an nicht flüchtigen Stoffen im Wein (Extrakt, Asche) sowie titrierbarer Säure ist naturgemäß stark von den Einflüssen der Rebsorte, des Bodens sowie des Witterungsverlaufes abhängig. Somit kommt es dazu, daß die Extrakt-, Weinsäure- und Aschewerte von Rebsorte zu Rebsorte, von Gebiet zu Gebiet sowie von Jahrgang zu Jahrgang stark schwanken. Mit starren diesbezüglichen Mindestwerten im Weingesetz kann daher kaum den natürlichen Gegebenheiten Rechnung getragen werden.

Die Werte für den Mindestgehalt für den zuckerfreien Extrakt, titrierbarer Säure sowie an Asche für Land- und Qualitätswein werden daher auf Grund eines Vorschlags des nach § 30 a eingerichteten Beirats den jährlichen Verhältnissen anzupassen sein.

Zu § 32 Abs. 11, § 32 a Abs. 4 und § 36 Abs. 4:

Die Bestimmungen über die Schriftgröße gelten nicht für versetzte Weine, entalkoholierte Weine, alkoholarme Weine und Obstweine.

Zu § 33 Abs. 1 a:

Entsprechend der Änderung des österreichischen Lebensmittelbuches, Kap. A 8, können auch die Bezeichnungen „aus ökologischem Anbau“, „aus ökologischem Landbau“ oder „aus ökologischer Landwirtschaft“ verwendet werden. Bei Betrieben, die zukaufen, muß der gesamte Zukauf von Erzeugerbetrieben stammen, die biologischen Weinbau betreiben.

Zu § 33 Abs. 5:

Im Zuge der Anstrengungen Österreichs, der EG beizutreten, sollte es ermöglicht werden, daß Etiketten, welche für Exportweine zu verwenden sind, auch in Österreich verwendet werden dürfen.

Das Bezeichnungsrecht ist daher hinsichtlich der Bestimmungen über den Restzuckergehalt zu ändern.

Zusätzlich wurde (fakultativ) die Möglichkeit geschaffen, Wein mit einem Restzuckergehalt bis zu 4 g/l als „extra trocken“ zu bezeichnen. Dies wird bei jenen Weinen der Fall sein, die in Österreich in Verkehr gebracht oder in andere als EWR-Mitgliedstaaten exportiert werden.

Zu § 43 Abs. 3 zweiter Satz:

Durch diese Bestimmung wird eine Kontrolle des Leseguts — auch außerhalb von Vorführgemeinden — in loser Schüttung ermöglicht.

Zu § 45 Abs. 1 zweiter Satz:

Nach den derzeit geltenden weingesetzlichen Bestimmungen, wonach für Land-, Qualitäts- und Prädikatswein einerseits und sonstige Weine andererseits Banderolen zu verwenden sind, die farblich eindeutig von einander abweichen, ist es nicht möglich, die Banderole in den Flaschenkork einzudrucken.

Nunmehr wird die Möglichkeit vorgesehen, auch optisch unterscheidbare Banderolen (etwa durch Verwendung verschiedener Buchstaben) herzustellen.

Zu § 47 Abs. 1:

Für die Untersuchung der von der Bundeskellereiinspektion gezogenen Obstweinproben ist die Bundesanstalt für Agrarbiologie in Linz vorgesehen.

Zu § 58 Abs. 3:

Durch die vorliegende Änderung wird sichergestellt, daß der Wein bei Überschreitung von Höchstwerten im Sinne der Weinverordnung, BGBl. Nr. 630/1992, noch nicht als verfälscht anzusehen ist und die Verkehrsfähigkeit durch Verschnitt wiedererlangen kann.

Gleiches soll für Stoffe gelten, die durch unsachgemäße Handhabung der Apparaturen in den Wein gelangt sind.

Zu § 65 Abs. 1 Z 5:

Es sollte auch das unrichtige Ausfüllen der Meldungen erfaßt werden.

Karl Freund
Berichterstatter

Georg Schwarzenberger
Obmann

Zu § 65 Abs. 3 Z 6:

Für das Inverkehrbringen von Direktträgerwein entgegen die Vorschrift des § 59 Abs. 5 war bisher keine Strafbestimmung vorgesehen.

Zu § 66 Abs. 1 zweiter Satz:

Diese Bestimmung stellt einen Widerspruch zu den in § 58 Abs. 3 enthaltenen Verwertungsmöglichkeiten dar und ist daher ersatzlos zu beheben.

Zu § 70 Abs. 7:

Durch die Weingesetz-Novelle 1991 ist das Mindestmostgewicht bei Trockenbeerenauslese auf 32° KMW erhöht worden. Mit der Anpassung des § 70 Abs. 7 ist klargestellt, daß davon nur Weine, die nach dem Inkrafttreten der Weingesetz-Novelle 1991 erzeugt wurden, betroffen sind.

Zu Anlage 1:

Bereits durch § 28 a der Weingesetz-Novelle 1991 waren eigene Bestimmungen für Landwein geschaffen worden. Die in Anlage 1 angeführten Untersuchungskriterien sind daher auch für Landwein vorzusehen.“

Bei der Abstimmung wurde der in der Regierungsvorlage enthaltene Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des oberwähnten Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit angenommen.

Darüber hinaus traf der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft folgende Feststellung:

„Der Ausschuß geht davon aus, daß bei Förderungen gemäß § 68 a Weingesetz im Zusammenhang mit Gebietsmarken vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft für Prädikatsweine je nach Prädikatsstufe, Weinbaugebiet und Sorte eine Hektarhöchstmenge unter der im § 27 a geregelten Höchstgrenze festgelegt wird.“

Zum Berichterstatter für das Haus wurde der Abgeordnete Karl Freund gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1993 12 14

1447 der Beilagen

5

%

Bundesgesetz, mit dem das Forstgesetz 1975 geändert wird (EWR-Rechtsanpassung), Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutze des Waldes anlässlich der Ein- und Durchfuhr von Holz (Holzkontrollgesetz) und Bundesgesetz, mit dem das Weingesetz 1985 geändert wird

„Angehörige einer sonstigen Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind — soweit es sich nicht um die Betrauung mit den Funktionen eines Forstschutzorganes gemäß § 110 handelt — österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt.“

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Änderung des Forstgesetzes 1975

Das Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440, zuletzt geändert durch Bundesgesetz Nr. 257/1993, wird wie folgt geändert:

1. § 83 Abs. 1 lautet:

„§ 83. (1) Das Gewinnen und Inverkehrsetzen von Waldbäumen der Baumart Tanne (*Abies alba*) für weihnachtliche Zwecke (Tannenchristbäume) oder von Tannenreisig, für welche Zwecke auch immer dies verwendet werden mag, ist nur unter den Voraussetzungen der Abs. 2 bis 6 zulässig.“

2. § 83 Abs. 6 entfällt; in § 83 erhält Absatz „7“ die Bezeichnung „6“; § 83 Abs. 7 lautet:

„(7) Die Forstschutzorgane und die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes sind jederzeit berechtigt, die Einhaltung der Bestimmungen des Abs. 4 und der nach Abs. 6 zu erlassenden Verordnung zu überprüfen.“

3. In § 84 Abs. 1 wird nach dem Wort „Tannenchristbäumen“ der Klammerausdruck „(*Abies alba*)“ eingefügt.

4. § 84 Abs. 1 lit. b lautet:

„b) diese Christbäume mit einer Plombe gemäß den Bestimmungen des § 83 Abs. 4 bis 6 zu versehen sind.“

5. Dem § 104 Abs. 4 wird folgender Satz angefügt:

6. Dem § 109 werden folgende Abs. 3 und 4 angefügt:

„(3) Eine durch Angehörige von Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum im Heimat- oder Herkunftmitgliedstaat erfolgreich abgelegte fachliche Prüfung hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft als den im § 105 genannten Prüfungen gleichgestellt anzuerkennen, wenn die Ausbildung im Heimat- oder Herkunftmitgliedstaat der österreichischen Ausbildung für Forstorgane zumindest gleichzuhalten ist.

(4) Angehörige jener Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, in denen die Ausbildung für Forstorgane der österreichischen Ausbildung nicht gleichzuhalten ist, haben eine Eignungsprüfung im Sinne des § 109 Abs. 2 abzulegen, wobei dem Umstand Rechnung getragen werden muß, daß der Antragsteller in seinem Heimat- oder Herkunftmitgliedstaat über eine einschlägige berufliche Qualifikation verfügt.“

7. § 164 Abs. 1 lautet:

„§ 164. (1) Die Erteilung der Einfuhrbewilligung ist beim Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zu beantragen. Der Antrag hat die für die Entscheidung und für die Beurteilung der Sendung erforderlichen Angaben zu enthalten, wie über Menge, Baumart, Alter — bei Saatgut Reifejahr —, Herkunftsgebiet, Inlandsbestimmungsort (Entladeort) sowie Namen und Anschrift des Verfügungsberechtigten.“

8. Artikel I dieses Bundesgesetzes tritt gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum in Kraft.

9. Mit der Vollziehung des Artikels I dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betraut.

Artikel II

Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutz des Waldes anlässlich der Ein- und Durchfuhr von Holz (Holzkontrollgesetz)

Anwendungsbereich

§ 1. (1) Holz im Sinne dieses Bundesgesetzes sind die in die folgenden Nummern und Unternummern des Zolltarifs (Zolltarifgesetz 1988) einzureihenden Waren:

TARIF Nr. / UNr.	Warenbezeichnung
aus 1404 10	unbearbeitete Rinde von Holzgewächsen (Borke und Bast)
aus 4401	Brennholz, in Form von Rundlingen, Scheitern, Prügeln, Reisigbündeln oder in ähnlichen Formen; Holz in Abschnitzeln oder Teilchen; Holzabfälle, ausgenommen zu Pellets, Briquetts, Scheitern oder ähnlichen Formen agglomeriert
aus 4403	Rohholz, auch entrindet, entsplintet oder grob zwei- oder vierseitig zugeschnitten, ausgenommen imprägnierte Leitungsmaste der Unternummer 10
aus 4404	Stecken aus Holz, gespalten; Pfähle, Pflöcke und Stangen, aus Holz, zugespitzt, nicht in der Längsrichtung gesägt
4406 10	Bahnschwellen aus Holz, nicht imprägniert
aus 4407	Holz, in der Längsrichtung gesägt oder mit dem Profilzerspaner besäumt, gemessert oder geschält, mit einer Stärke von mehr als 5 mm, ausgenommen gehobelte, geschliffene oder keil verzinkt verleimte Ware

(2) Anlässlich der Einfuhr in das Bundesgebiet oder der Durchfuhr durch das Bundesgebiet unterliegt der phytosanitären Kontrolle:

1. Waren von Nadelbäumen gemäß Abs. 1 mit dem Ursprung in europäischen Staaten, der Türkei und Nachfolgestaaten der UdSSR, wenn sie Rindenanteile von mehr als 5% der Oberfläche oder mehr als 10 cm Breite aufweisen, ausgenommen unbearbeitete Rinde und Holz in Abschnitzeln oder Teilchen,
2. Waren von Nadelbäumen gemäß Abs. 1 mit anderem Ursprung, mit und ohne Rinde, ausgenommen solche der Nummer 4407 des Zolltarifs (Schnittholz), wenn sie frei von Rinde und Rindenteilen sind.

(3) Haben Erhebungen ergeben, daß bei Holz aus bestimmten Gebieten oder Ländern mit einem Befall von Forstsädlungen zu rechnen und die Gefahr ihrer Einschleppung gegeben ist, hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten durch Verordnung auch sonstiges Holz im Sinne des Abs. 1 in die phytosanitäre Kontrolle einzubeziehen. Dabei sind das Auftreten und die Vermehrung von Forstsädlungen begünstigende oder hemmende Umstände wie insbesondere Dauer des Transports, Jahreszeit, Schadholzanfall oder Gefährlichkeit bestimmter Forstsädlinge zu berücksichtigen.

(4) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat unter Bedachtnahme auf die phytosanitäre Lage im Bundesgebiet und im Herkunfts- oder Ursprungsgebiet durch Verordnung nähere Anordnungen über Voraussetzungen festzulegen, deren Erfüllung vor Ausstellung eines Freigabescheines nachzuweisen sind.

(5) Der Kontrolle unterliegen nicht Waren, die nach einem Anweisungsverfahren gemäß § 106 Abs. 3 des Zollgesetzes 1988 in das Zollgebiet zurückverbracht werden.

Eintrittstellen

§ 2. (1) Die Ein- oder Durchfuhr von Holz ist nur zulässig, wenn sie über eine Eintrittsstelle erfolgt.

(2) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat im Einvernehmen mit den Bundesministern für wirtschaftliche Angelegenheiten, für Finanzen sowie für öffentliche Wirtschaft und Verkehr unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse der Holz- und Transportwirtschaft wie insbesondere flüssige Grenzabfertigung und Vermeidung von Umwegen sowie auf die Grundsätze der Zweckmäßigkeit, Raschheit, Einfachheit und Kostenersparnis durch Verordnung

1. Grenzzollämter als Eintrittstellen zuzulassen,
2. im Eisenbahn- und Schiffsverkehr
 - a) für die Einfuhr weitere Eintrittstellen zuzulassen oder
 - b) für die Durchfuhr Sendungen von der phytosanitären Kontrolle auszunehmen, wenn nach Art und Ausstattung des Transportmittels eine Einschleppung oder Verbreitung von Forstsädlungen ausgeschlossen ist.

(3) Die Zulassung gemäß Abs. 2 Z 2 lit. a ist bei Eintrittstellen, die nicht Sitz eines Zollamtes sind, auf Inhaber einer Bewilligung zur Abgabe von Sammelanmeldungen gemäß § 52 a Abs. 2 des Zollgesetzes 1988 eingeschränkt.

Kontrolle

§ 3. (1) Die Eisenbahn- und Schiffahrtsunternehmen — im Straßenverkehr die Anmelder (§ 51 des Zollgesetzes 1988) — haben den Bundesminister für

1447 der Beilagen

7

Land- und Forstwirtschaft, bei Sendungen aus Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (§ 6) die am Bestimmungsort zuständige Bezirksverwaltungsbehörde, vom Einlangen des Holzes an der Eintrittsstelle unverzüglich zu verständigen. Die Kosten dieser Verständigung sind vom Anmelder zu tragen.

(2) Die Kontrolle an der Eintrittsstelle obliegt dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, der sich hiefür fachlich geeigneter Kontrollorgane zu bedienen hat. Die Kontrollorgane sind in einer Anzahl, die raschen und kostengünstigen Einsatz gewährleisten, zu bestellen. Mit der Kontrolle an der Eintrittsstelle kann der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft juristische Personen, die unter Oberaufsicht und Kontrolle des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft tätig werden, betrauen.

(3) Das Kontrollorgan hat festzustellen, ob

1. die in einer Verordnung gemäß § 1 Abs. 4 festgelegten Voraussetzungen erfüllt und
2. das Holz, das Transportmittel und die mitgeführten, vom Holz abgetrennten Rindenteile frei von Forstsäädlingen (§ 43 Abs. 2 des Forstgesetzes 1975) sind.

(4) Das Kontrollorgan ist ermächtigt, die zur Kontrolle notwendigen Proben im erforderlichen Ausmaß von jedem Teil der Ladung unentgeltlich zu entnehmen.

(5) Der Anmelder ist verpflichtet, dem Kontrollorgan die zur Durchführung einer ordnungsgemäßen Kontrolle erforderliche Hilfe wie insbesondere Freilegen von Stämmen oder Abschneiden von Stammabschnitten zu leisten oder für eine solche Hilfeleistung vorzusorgen.

(6) Für die Durchführung der Kontrolle hat der Anmelder eine Gebühr zu entrichten, die in einem Tarif nach dem Gewicht des Holzes, der Art des Transportmittels und der Dauer der Behandlung vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen durch Verordnung kostendeckend festzusetzen ist.

(7) Die Eisenbahnunternehmen haben die Gebühren gemäß Abs. 6 der Sendung anzulasten.

Freigabe- und Verbotsschein

§ 4. (1) Das Kontrollorgan hat die Zulässigkeit der Ein- oder Durchfuhr durch Ausstellung eines Freigabescheines zu bestätigen, wenn

1. die in einer Verordnung gemäß § 1 Abs. 4 festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind,
2. die Kontrolle nicht verhindert wurde und
3. das Holz frei von Forstsäädlingen ist.

(2) Ebenso ist ein Freigabeschein auszustellen, wenn das Kontrollorgan einen Befall des Holzes mit Forstsäädlingen in einem Entwicklungsstadium

feststellt, welches die Einschleppung oder Verbreitung dieser Forstsäädlinge während des Weitertransports zu einem zum Zwecke der unverzüglichen bekämpfungstechnischen Behandlung geeigneten und entsprechend ausgestatteten Bestimmungsort im Inland ausschließt. Das Kontrollorgan hat die am Bestimmungsort zuständige Bezirksverwaltungsbehörde über Art des Transportmittels, Umfang der Ladung und Art des Befalls unverzüglich in Kenntnis zu setzen. Am Bestimmungsort ist das befallene Holz innerhalb von 48 Stunden derart zu behandeln, daß eine Vermehrung oder Verbreitung der Forstsäädlinge ausgeschlossen ist.

(3) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat die Unzulässigkeit der Ein- oder Durchfuhr durch Erlassung eines Mandatsbescheides (Verbotsschein) zu bestätigen, wenn eine der Voraussetzungen gemäß Abs. 1 nicht erfüllt, ein Weitertransport gemäß Abs. 2 nicht zulässig oder abzusehen ist, daß eine Behandlung erfolglos bleiben wird. In diesem Bescheid ist anzugeben, daß das beanstandete Holz unverzüglich aus dem Bundesgebiet auszuführen ist.

(4) Das Kontrollorgan hat bei Ausstellung eines Verbotsscheines auf Verlangen des Anmelders vom beanstandeten Holz zwei Proben zu nehmen und so zu versiegeln oder zu plombieren, daß eine Verletzung des Verschlusses ohne Verletzung des Siegels oder der Plombe nicht möglich ist. Eine Probe ist der Forstlichen Bundesversuchsanstalt zuzuführen, die andere der Partei zurückzulassen.

(5) Die Kosten einer amtlichen Untersuchung durch die Forstliche Bundesversuchsanstalt sind vom Anmelder zu tragen, wenn die Ausstellung des Verbotsscheines zu Recht erfolgt ist.

Behandlung an der Eintrittsstelle

§ 5. (1) Stellt das Kontrollorgan einen Befall des Holzes mit Forstsäädlingen in einem Entwicklungsstadium fest, welches die Einschleppung oder Verbreitung dieser Forstsäädlinge während des Weitertransports zum Bestimmungsort nicht ausschließt, hat der Anmelder das Holz unter Aufsicht des Kontrollorgans unverzüglich bekämpfungstechnisch zu behandeln.

(2) Der Ort der Behandlung muß so gelegen sein, daß Forstsäädlinge nicht eingeschleppt oder verbreitet werden können.

(3) Nach der Behandlung ist das Holz neuerlich zu untersuchen.

Mitwirkung der Zollbehörden

§ 6. Der Freigabeschein bildet bei der zollamtlichen Ein- oder Durchfuhrabfertigung eine erforderliche Unterlage zur Anmeldung gemäß § 52 Abs. 4 des Zollgesetzes 1988.

Sendungen aus Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums

§ 7. (1) Die Kontrolle von Sendungen aus einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind nur in Form von Stichproben und anhand von Proben vorzunehmen, wenn die Sendung ein in einem Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes ausgestellten Pflanzengesundheitszeugnis (Weiterversendungszeugnis, Pflanzenpaß) beigelegt ist, in dem bestätigt wird, daß die Sendung frei von Forstsäädlingen ist und die in einer Verordnung gemäß § 1 Abs. 4 festgelegten Voraussetzungen vorliegen. Dies gilt jedoch nicht, wenn ein Anhaltspunkt für einen Befall besteht. Die Kontrolle erfolgt entweder am Bestimmungsort oder an einem Ort, der so gelegen ist, daß der Beförderungsweg der Waren möglichst wenig geändert wird.

(2) Das Pflanzengesundheitszeugnis wird entweder insgesamt in Blockschrift oder insgesamt maschinenschriftlich — außer bei Stempeln und Unterschriften — in einer der Amtssprachen des europäischen Wirtschaftsraums ausgestellt.

(3) Der botanische Name der Pflanze ist in lateinischen Buchstaben anzugeben. Unbeglaubigte Änderungen oder Tilgungen haben die Ungültigkeit des Pflanzengesundheitszeugnisses zur Folge. Zusätzliche Ausfertigungen dürfen nur ausgestellt werden, wenn sie den gedruckten oder gestempelten Hinweis „Kopie“ oder „Duplikat“ tragen.

(4) Das Pflanzengesundheitszeugnis darf nicht früher als 14 Tage vor dem Tag ausgestellt sein, an dem die Sendung den Versandstaat verläßt.

(5) Das Pflanzengesundheitszeugnis ist mit einem Eingangsstempel der Zolldienststelle zu versehen, der mindestens die Bezeichnung der Behörde und das Eingangsdatum angibt. Das Pflanzengesundheitszeugnis tritt an die Stelle des Freigabescheins (§ 6). Bei der Einfuhr ist das Zeugnis vom Zollamt einzuziehen und an die am Bestimmungsort zuständige Bezirksverwaltungsbehörde weiterzuleiten.

(6) Für die stichprobenweisen Kontrollen und die für die Überprüfung der Richtigkeit der den Sendungen beiliegenden Pflanzengesundheitszeugnisse werden, sofern eine Kontrolle deren Richtigkeit ergibt, keine Gebühren eingehoben. Ansonsten findet § 3 Abs. 6 Anwendung.

Strafbestimmungen und Sicherungsmaßnahmen

§ 8. (1) Wer

1. Holz entgegen den Bestimmungen einer gemäß § 2 Abs. 2 erlassenen Verordnung ein- oder durchführt,
2. der Verständigungspflicht entgegen § 3 Abs. 1 nicht unverzüglich nachkommt,

3. Holz ohne Vorliegen der Voraussetzungen für die Ausstellung eines Freigabescheines (§ 4 Abs. 1 oder 2) ein- oder durchführt,
4. entgegen § 4 Abs. 2 erster Satz das Holz nicht unverzüglich zu dem zum Zwecke der unverzüglichen bekämpfungstechnischen Behandlung geeigneten und entsprechend ausgestatteten Bestimmungsort weitertransportiert,
5. entgegen § 4 Abs. 2 dritter Satz das von Forstsäädlingen befallene Holz am Bestimmungsort nicht innerhalb von 48 Stunden derart behandelt, daß eine Vermehrung oder Verbreitung der Forstsäädlinge ausgeschlossen ist,
6. Holz, dessen Beförderungspapieren ein Verbotsschein beigegeben ist, nicht unverzüglich aus dem Bundesgebiet ausführt,
7. Holz, das mit Forstsäädlingen befallen ist, entgegen § 5 Abs. 1 nicht unverzüglich bekämpfungstechnisch behandelt oder
8. Holz entgegen § 7 Abs. 1 ein- oder durchführt,

begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 500 000 S zu bestrafen. Der Versuch ist strafbar.

(2) Der Verfall des Holzes, auf das sich die strafbare Handlung bezieht, kann, wem immer es gehört, ausgesprochen werden.

(3) Zur Sicherung des Verfalles kann das hievon betroffene Holz auch durch die Organe der Zollverwaltung beschlagnahmt werden. Diese Organe haben die Beschlagnahme der zur Strafverfolgung zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen.

(4) Die Anordnung des Erlages eines Geldbetrages anstelle der Beschlagnahme ist nicht zulässig.

Vollstreckung

§ 9. Die Vollstreckung von Bescheiden, ausgenommen solcher, welche die Verpflichtung zur Entrichtung einer Geldleistung beinhalten, obliegt der Vollstreckungsbehörde (§ 1 Abs. 1 VVG 1950), in deren Bereich sich das Holz befindet.

Anwendbarkeit der Bestimmungen anderer Bundesgesetze

§ 10. In diesem Bundesgesetz enthaltene Verweise auf andere Bundesgesetze sind, soweit nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, als Verweise auf die jeweils geltende Fassung zu verstehen.

Vollzugsklausel

§ 11. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind

1. hinsichtlich der §§ 1 Abs. 3 und 2 Abs. 2 der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft

1447 der Beilagen

9

- im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten,
2. hinsichtlich der §§ 2 Abs. 2 und 3 Abs. 6 der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen,
 3. hinsichtlich der §§ 2 Abs. 2 und 3 Abs. 7 der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr,
 4. hinsichtlich der §§ 6, 7 Abs. 5 und 8 Abs. 3 der Bundesminister für Finanzen,
 5. hinsichtlich des § 3 Abs. 1, soweit sich diese Bestimmung auf Eisenbahn- und Schiffahrtsunternehmen bezieht, der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr,
 6. hinsichtlich der sonstigen Bestimmungen der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betraut.

Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

§ 12. (1) Artikel II dieses Bundesgesetzes tritt gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum in Kraft.

(2) Mit Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes tritt das Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutze des Waldes anlässlich der Ein- und Durchfuhr von Holz, BGBl. Nr. 115/1962, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 288/1987 außer Kraft.

(3) Andere Vorschriften, welche die Ein- oder Durchfuhr von Holz regeln, bleiben unberührt.

(4) Bis zur Erlassung einer Verordnung gemäß § 1 Abs. 4 finden bei einer bekämpfungstechnischen Behandlung im Bereich der Eintrittsstelle die Bestimmungen des § 3 der Forstschutzverordnung, BGBl. Nr. 245/1990, Anwendung.

(5) Bis zur Erlassung einer Verordnung gemäß § 2 Abs. 2 gelten die bisher in der Anlage zum Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutz des Waldes anlässlich der Ein- und Durchfuhr von Holz, BGBl. Nr. 115/1962, sowie in der Verordnung über die Zulassung von Eintrittstellen für die Ein- und Durchfuhr von Nadelholz, BGBl. Nr. 536/1988, in der Fassung BGBl. Nr. 628/1992 festgelegten Eintrittstellen als solche im Sinne dieses Bundesgesetzes.

(6) Bis zur Erlassung einer Verordnung gemäß § 3 Abs. 6 richtet sich die Höhe der Kontrollgebühren nach § 12 Abs. 2 des Bundesgesetzes über Maßnahmen zum Schutz des Waldes anlässlich der Ein- und Durchfuhr von Holz, BGBl. Nr. 115/1962.

Artikel III**Änderung des Weingesetzes 1985**

Das Weingesetz 1985, BGBl. Nr. 444, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 450/1992, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 4 letzter Satz lautet:

„Die gesamte schwefelige Säure darf 120 mg je Liter nicht überschreiten. Beträgt der Gehalt an schwefeliger Säure mehr als 50 mg je Liter, ist die Bezeichnung „geschwefelt“ anzugeben.“

1 a. § 25 Abs. 3 Z 2 lautet:

,2. die Weinbaugebiete der Weinbauregion Niederösterreich:

a) Thermenregion:

die Gerichtsbezirke Mödling, Baden, Ebreichsdorf, Pottenstein, Neunkirchen und Wr. Neustadt;

b) Kremstal:

die Stadt Krems an der Donau und die Gemeinden Furth bei Göttweig, Gedersdorf, Imbach, Paudorf, Rohrendorf bei Krems, Senftenberg und Stratzing-Droß;

c) Kamptal: der Gerichtsbezirk Langenlois;

d) Donauland:

die Stadt St. Pölten, die Gemeinden Böheimkirchen und Weißenkirchen an der Perschling, der politische Bezirk Tulln sowie die Gerichtsbezirke Herzogenburg und Klosterneuburg;

e) Carnuntum:

der politische Bezirk Bruck an der Leitha und der Gerichtsbezirk Schwechat;

f) Wachau:

die Gemeinden Aggsbach, Bergern im Dunkelsteinerwald, Dürnstein, Mautern an der Donau, Mühlendorf, Rossatz, Spitz und Weißenkirchen in der Wachau;

g) Weinviertel:

die politischen Bezirke Gänserndorf, Korneuburg, Mistelbach, Hollabrunn und Horn;“

1 b. (Verfassungsbestimmung) § 27 a lautet:

,,§ 27 a. (Verfassungsbestimmung)

(1) Weinbautreibende (Bewirtschafter von Weingartenflächen) dürfen je Ernte eines Jahrganges nicht mehr als die Hektarhöchstmenge an Prädikats-, Qualitäts- oder Landwein oder für deren Erzeugung bestimmten Weintrauben (Abs. 2) in Verkehr bringen.

(2) Die Hektarhöchstmenge beträgt je Hektar im Rebflächenverzeichnis eingetragener und bepflanzter Weingartenfläche für Landwein, Qualitätswein und Prädikatswein 9 000 kg Weintrauben oder 6 750 l Wein.

(3) Wird die Hektarhöchstmenge (Abs. 2) überschritten, so darf die gesamte Menge der Ernte eines Jahrganges nur als Tafelwein in Verkehr gebracht werden.

(4) Weinbautreibende haben anhand der Rebflächenverzeichnisse Aufzeichnungen über ihre bepflanzten Weingartenflächen und die zulässigen Hektarhöchsterträge zu führen.“

10

1447 der Beilagen

1 c. § 28 Abs. 1 lautet:

„§ 28. (1) „Tafelwein“ ist Wein, der nicht als Landwein oder Qualitätswein in Verkehr gebracht werden darf. Der Alkoholgehalt muß mindestens 8,0 Rht, der Gehalt an titrierbarer Säure, berechnet als Weinsäure, mindestens 4,0 g/l betragen. Tafelwein ist als solcher auf dem Etikett zu bezeichnen. Unzulässig ist die Verwendung einer geographischen Herkunftsbezeichnung gemäß § 25 Abs. 1 Z 1 bis 5 sowie einer Sorten- oder Jahrgangsbezeichnung gemäß § 33 Abs. 3.“

2. Dem § 28 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Wein, der die gemäß Abs. 1 festgesetzten Werte nicht erreicht oder den Anforderungen des § 1 Abs. 1 nicht entspricht, darf nur zur Verwertung an Verarbeitungsbetriebe abgegeben werden.“

2 a. § 29 Abs. 4 lautet:

„(4) Qualitätswein darf unter der Bezeichnung „Kabinett“ in Verkehr gebracht werden, wenn der Saft der Weintrauben ein Mostgewicht von mindestens 17° KMW aufgewiesen hat, das Lesegut nicht aufgebessert wurde (§ 19), der Gehalt an unvergorenem Zucker höchstens 9 g/l beträgt, dem Wein kein Zucker, Traubenmost, Traubensaft oder Traubendicksaft zugesetzt wurde und der Alkoholgehalt — einschließlich des Gehalts an unvergorenem Zucker — 12,9% vol nicht überschreitet. Kabinettsweine dürfen nur in Flaschen abgefüllt exportiert werden.“

2 b. § 30 a samt Überschrift lautet:

„Fachbeirat“

§ 30 a. (1) An der Höheren Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau mit Institut für Bienenkunde ist vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft unter dem Vorsitz des Leiters dieser Anstalt ein Fachbeirat einzurichten.

(2) Der Fachbeirat hat sich aus den Leitern der Höheren Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau mit Institut für Bienenkunde, der Landwirtschaftlich-chemischen Bundesanstalt und der Bundesanstalt für Weinbau oder deren Vertretern sowie aus je einem sachkundigen Vertreter, der vom Verein für Konsumenteninformation, vom Bundesverband der Weinbautreibenden, von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und von den weinbautreibenden Ländern zu entsenden ist, zusammenzusetzen.

(3) Der Fachbeirat hat die Auswertungsergebnisse hinsichtlich des zuckerfreien Extraktes, der titrierbaren Säure (berechnet als Weinsäure) und der Asche der während der Ernte gezogenen und von der Landwirtschaftlich-chemischen Bundesanstalt und der Bundesanstalt für Weinbau untersuchten Trauben- und Mostproben (authentische Proben)

unter Anhörung des zuständigen Bundeskellereiinspektors zu überprüfen. Insbesondere ist zu prüfen, ob die untersuchten Werte sorten- und gebietsmäßig von den in den §§ 28 a Abs. 1 und 29 Abs. 1 festgelegten Mindestwerten abweichen. Treten bei einem Jahrgang auf Grund extremer Witterungsverhältnisse wesentliche sorten- oder gebietsmäßige Abweichungen von den Mindestwerten auf, so hat der Fachbeirat dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft auf der Grundlage der durchgeföhrten Überprüfungen für diesen Jahrgang bis 30. November Mindestwerte sorten- und gebietsmäßig vorzuschlagen.

(4) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat auf Grund des Vorschlages des Fachbeirates durch Verordnung die Mindestwerte an zuckerfreiem Extrakt, titrierbarer Säure (berechnet als Weinsäure) und Asche abweichend vom § 28 a Abs. 1 Z 5, 6 und 7 sowie § 29 Abs. 1 Z 6, 7 und 8 bei Land- oder Qualitätswein für einzelne Rebsorten oder Weinbaugebiete für einen Jahrgang festzusetzen.“

3. § 32 Abs. 11 lautet:

„(11) § 33 Abs. 1, 3 und 4 erster Satz gelten auch für versetzte Weine.“

4. § 32 a Abs. 4 lautet:

„(4) § 33 Abs. 1 und 4 erster Satz gelten auch für entalkoholisierten und alkoholarmen Wein.“

4 a. § 33 Abs. 1 Z 2 lautet:

„2. die Bezeichnungen „natur“, „echt“, „rein“, „alternativ“ sowie Wortverbindungen mit diesen.“

4 b. § 33 Abs. 1 a lautet:

„(1 a) Wein, der aus Weintrauben, die nach den Produktionsrichtlinien des österreichischen Lebensmittelbuches, Kapitel A 8 „Landwirtschaftliche Produkte aus biologischem Landbau und daraus hergestellte Folgeprodukte“ (§ 51 des Lebensmittelgesetzes 1975), erzeugt wurden, gewonnen wird, kann mit den Worten „aus biologischem Anbau“, „aus biologischem Landbau“ oder „aus biologischer Landwirtschaft“ — statt „biologisch“ kann auch die Bezeichnung „organisch-biologisch“, „biologisch-dynamisch“ oder „ökologisch“ verwendet werden — bezeichnet werden. Diese Bezeichnung darf nur in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Erzeugerbetrieb, bei zugekauften Trauben oder Wein nur dann, wenn nachweislich ausschließlich von Erzeugerbetrieben, die biologischen Anbau betreiben, zugekauft wurde, verwendet werden.“

5. § 33 Abs. 4 zweiter und dritter Satz lauten:

„Die Angabe des Standortes darf nur halb so groß sein wie die Angabe der örtlichen Herkunftsbezeichnungen, ausgenommen Herkunftsbezeichnungen gemäß § 25 Abs. 1 Z 5. Dies gilt auch für den

1447 der Beilagen

11

Namen eines Betriebes, soweit er eine örtliche Herkunftsbezeichnung enthält und der Wein nicht ausschließlich aus Trauben erzeugt wurde, die aus der angegebenen Herkunft stammen.“

5 a. § 33 Abs. 5 zweiter und dritter Satz lautet:
„Für den Gehalt an unvergorenem Zucker sind folgende Bezeichnungen anzugeben:

1. „trocken“, wenn der betreffende Wein einen Restzuckergehalt
 - a) bis höchstens 4 g/l oder
 - b) bis höchstens 9 g/l aufweist und der in g/l Weinsäure ausgedrückte Gesamtsäuregehalt höchstens 2 g/l niedriger ist als der Restzuckergehalt;
2. „halbtrocken“, wenn der betreffende Wein einen Restzuckergehalt aufweist, der die unter Z 1 genannten Werte übersteigt und höchstens 12 g/l erreicht;
3. „lieblich“, wenn der betreffende Wein einen Restzuckergehalt von mehr als 12 g/l aufweist und höchstens 45 g/l erreicht;
4. „süß“, wenn der Wein einen Restzuckergehalt von mindestens 45 g/l aufweist.

Anstelle der Bezeichnung „trocken“ darf die Bezeichnung „extra trocken“ oder „für Diabetiker geeignet“ angegeben werden, wenn der Gehalt an unvergorenem Zucker höchstens 4 g/l beträgt.“

5 b. § 34 Abs. 6 lautet:

„(6) Obstperlwein und Obstschaumwein sind sonstige Obstweine, die die im § 1 Abs. 2 Z 6 und 7 umschriebenen Eigenschaften aufweisen, Obstperlwein kann jedoch einen vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 5% vol aufweisen.“

6. § 36 Abs. 4 lautet:

„(4) § 23 Abs. 1 und 2 sowie § 33 Abs. 1, 1 a und 4 erster Satz gelten auch für Obstwein.“

6 a. § 43 Abs. 3 zweiter Satz lautet:

„Lieg die Betriebsstätte außerhalb einer Vorführgemeinde, hat er die Kontrolle des Lesegutes in loser Schüttung durch den Mostwäger zu ermöglichen.“

6 b. § 45 Abs. 1 zweiter Satz lautet:

„Die Banderole ist über dem Flaschenverschluß in einer die Wiederbefüllung unter Weiterverwendung der Banderole ausschließenden Form anzubringen, wobei jedoch für Land-, Qualitäts- und Prädikatswein einerseits sowie für sonstige Weine andererseits Banderolen zu verwenden sind, die farblich oder optisch eindeutig voneinander abweichen.“

7. Dem § 46 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Eine Transportbescheinigung ist weiters nicht erforderlich bei der Ein- und Ausfuhr von Wein, wenn Begleitpapiere verwendet werden, die der auf Grund des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum übernommenen Verordnung (EWG) Nr. 986/89 der Kommission vom 10. April 1989 über die Begleitpapiere für den Transport von

Weinbauerzeugnissen und die im Weinsektor zu führenden Ein- und Ausgangsbücher (389 R 0986) entsprechen.“

7 a. § 47 Abs. 1 lautet:

„§ 47. (1) Der Bundeskellereiinspektor hat die gemäß § 39 entnommenen Proben, soweit technisch möglich, unter Wahrung der Anonymität zur Untersuchung an die Landwirtschaftlich-chemische Bundesanstalt in Wien oder die Bundesanstalt für Weinbau in Eisenstadt, Obstweinproben an die Bundesanstalt für Agrarbiologie in Linz, unter der von ihm zugeteilten Einlaufnummer einzusenden.“

8. In § 55 Abs. 8 Z 6 tritt an die Stelle des Punktes ein Strichpunkt; dem § 55 Abs. 8 wird folgende Z 7 angefügt:

„7. Weine, bei deren Einfuhr ein Begleitpapier verwendet wird, das der auf Grund des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum übernommenen Verordnung (EWG) Nr. 986/89 der Kommission vom 10. April 1989 über die Begleitpapiere für den Transport von Weinbauerzeugnissen und die im Weinsektor zu führenden Ein- und Ausgangsbücher (389 R 0986) entspricht.“

9. In § 56 Abs. 6 Z 7 tritt an die Stelle des Punktes ein Strichpunkt; dem § 56 Abs. 6 wird folgende Z 8 angefügt:

„8. Wein, bei dessen Ausfuhr ein Begleitpapier verwendet wird, das der auf Grund des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum übernommenen Verordnung (EWG) Nr. 986/89 der Kommission vom 10. April 1989 über die Begleitpapiere für den Transport von Weinbauerzeugnissen und die im Weinsektor zu führenden Ein- und Ausgangsbücher (389 R 0986) entspricht.“

9 a. § 58 Abs. 3 lautet:

„(3) Wein, dem entgegen § 6 Abs. 3 Zucker oder über das in § 18 Abs. 2 vorgesehene Ausmaß hinaus Traubenmost, Traubensaft oder Traubendicksaft zugesetzt wurde, der entgegen § 19 aufgebessert wurde oder der durch eine Weinbehandlung Stoffe enthält, die das in der Weinverordnung festgelegte Ausmaß überschreiten oder die entgegen § 6 Abs. 6 in den Wein übergegangen sind, ist deshalb noch nicht als verfälschter Wein anzusehen. Der Wein darf in Verkehr gebracht werden, wenn er durch Verschnitt mit anderem Wein oder durch eine zulässige Behandlungsweise die Verkehrsfähigkeit wiedererlangt hat; der Verschnitt oder die Behandlung darf nur unter Aufsicht des Bundeskellereiinspektors durchgeführt werden.“

10. § 60 Abs. 3 und 4 entfallen.

10 a. § 65 Abs. 1 Z 5 lautet:

„5. die Absichtsmeldung (§ 43 Abs. 1 Z 1) nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsgemäß, die Erntemeldung (§ 43 Abs. 1 Z 2) oder die Bestandsmeldungen (§ 44 Abs. 1 und 2) nicht,

12

1447 der Beilagen

nicht innerhalb von 14 Tagen oder nicht ordnungsgemäß erstattet.“

10 b. § 65 Abs. 2 Z 3 und 4 lautet:

„3. Wein, dem entgegen § 6 Abs. 3 Zucker oder über das im § 18 Abs. 2 vorgesehene Ausmaß hinaus Traubenmost, Traubensaft oder Traubendicksaft zugesetzt oder der entgegen § 19 aufgebessert wurde, in Verkehr bringt,

4. Wein, der auf Grund einer zugelassenen Weinbehandlung Stoffe enthält, die das in der Weinverordnung festgelegte Ausmaß überschreiten oder entgegen § 6 Abs. 6 in den Wein übergegangen sind, an den Verbraucher abgibt,“

10 c. § 65 Abs. 2 Z 11 lautet:

„11. Wein entgegen § 27 a in Verkehr bringt oder Übermengen gemäß § 27 a nicht rechtzeitig verwertet oder entsorgt.“

10 d. § 65 Abs. 3 Z 6 lautet:

„6. Geläger oder Gelägerpreßwein entgegen § 59 Abs. 4 oder Direktträgerwein entgegen § 59 Abs. 5 in Verkehr bringt,“

11. § 65 Abs. 3 Z 7 lautet:

„7. Wein entgegen § 28 Abs. 4 in Verkehr bringt.“

11 a. § 66 Abs. 1 zweiter Satz entfällt.

11 b. Dem § 68 a Abs. 1 wird folgende Z 4 angefügt:

„4. Förderung von Maßnahmen zur Behebung von Schäden durch Winterfrost.“

11 c. § 70 Abs. 7 lautet:

„(7) Bereits vor dem Inkrafttreten der Weingesetznovelle 1991, BGBl. Nr. 10/1992, erzeugte Trockenbeerenauslesen dürfen weiter in Verkehr gebracht werden, wenn sie hinsichtlich Herstellung und Bezeichnung den Bestimmungen des Weingesetzes 1985, BGBl. Nr. 444, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 396/1991, entsprochen haben.“

11 d. § 70 Abs. 9 lautet:

„(9) Etiketten, die den Bestimmungen des Weingesetzes 1985, BGBl. Nr. 444, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 450/1992 entsprechen, dürfen bis 31. Dezember 1995 weiterverwendet werden.“

12. § 72 samt Überschrift lautet:

„Anwendbarkeit von Bestimmungen anderer Rechtsvorschriften“

§ 72. (1) Verweise in diesem Bundesgesetz auf andere Bundesgesetze sind — soweit nicht aus-

drücklich anderes bestimmt ist — als Verweis auf die jeweils geltende Fassung zu verstehen.

(2) Verweise in diesem Bundesgesetz auf Rechtsvorschriften, die auf Grund des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum übernommen wurden, sind — soweit nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist — als Verweis auf die für Österreich jeweils geltende Fassung zu verstehen.“

12 a. Anlage 1 lautet:

**„Anlage 1
zu Abschnitt I (Weingesetz 1985)**

Untersuchungskriterien gemäß § 31 Abs. 1 und § 56 Abs. 2

Für Tafel-, Land- und Qualitätswein weiß und rosé:

relative Dichte	d (20/20)
vorhandener Alkohol	% vol oder g/l
Gesamtrockenextrakt (berechnet)	g/l
reduzierender Zucker	g/l
zuckerfreier Extrakt (berechnet)	g/l
titrierbare Säure	g/l
freie und gesamte schwefelige Säure	mg/l

rückgerechnetes (ursprüngliches) Mostgewicht °KMW oder Gesamtalkohol

Für Tafel-, Land- und Qualitätswein rot:

sämtliche Merkmale wie für Tafel-, Land- und Qualitätswein, zusätzlich Fremdfarbstoff, künstlich

Für Spätlese- und Auslesewein:

sämtliche Merkmale wie für Tafel-, Land- und Qualitätswein, zusätzlich Gesamtphosphor, optisches Drehvermögen

Für Beerenauslese, Ausbruch, Trockenbeerenauslese und Eiswein:

sämtliche Merkmale wie für Tafel-, Land- und Qualitätswein, zusätzlich Gesamtphosphor, optisches Drehvermögen, Gluconsäure

Fakultativ für alle Weine:

Asche, flüchtige Säure (als Essigsäure), Saccharose, Verfälschungsmittel“

13. Artikel III Z 7, 8 und 9 tritt gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum in Kraft.

14. Mit der Vollziehung des Artikels III dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betraut.